

Den ReBBZ – Regionalen Bildungs- und Beratungszentren der Hamburger Schulbehörde – kommt in Sachen In- oder Exklusion von Schülerinnen und Schülern, die als schwierig und herausfordernd gelten, seit je her eine zentrale Rolle zu. Früher, vor der Aufnahme des Inklusionsparagrafen in das Hamburger Schulgesetz, wurden die KollegInnen der (damals noch so genannten) REBUS-Dienststellen nicht nur von Schulen und von Familien bei entsprechenden Problemen regelmäßig zu Rate gezogen, sie waren auch damals schon für die – wenn das nötig schien – zeitweise Herausnahme von Kindern aus ihrer eigenen Gruppe, Klasse und Schule zuständig. Wir haben Thomas Juhl, Sonderschullehrer und Leiter vom ReBBZ Billstedt, gefragt, was heute anders ist als früher und wie er die Chance sieht, dass Hamburg das Ziel erreicht, die proklamierte – und gesetzlich geforderte – Inklusion im System Schule tatsächlich umzusetzen.

Bildung und Betreuung von Kindern mit besonders herausforderndem Verhalten

ein Gespräch mit Thomas Juhl

FORUM: Mit den temporären und integrativen Lerngruppen werden weitreichende Erwartungen verknüpft: Die mit ihrem neuen Inklusionsauftrag oft überforderten Schulen sollen entlastet, Ressourcen sollen gebündelt und die Integration sogenannter Herausforderer in die allgemeine Schule soll verbessert werden. Die Jugendhilfe soll weniger ambulante und v.a. weniger stationäre Maßnahmen einsetzen müssen, sofern für diese im Wesentlichen schulische Desintegration, Verhaltensauffälligkeiten oder Absentismus als Gründe angeführt werden. Meine Frage: Bezogen auf welche Erwartungen bringen die neuen Lerngruppen tatsächlich eine Verbesserung? Wie temporär sind diese Lerngruppen tatsächlich? Wann, wo und warum gelingt – und wann scheitert – die Reintegration in die Gemeinschaft und in die Normalität? Können Sie dazu schon erste Aussagen machen?

Zentral ist die Haltung, die wir zu den Grenzgängern einnehmen. Dies ist ein Prozess von vielen Jahren.

Thomas Juhl: Die integrativen und temporären Lerngruppen nach der „Rahmenvereinbarung Schule-Jugendhilfe“ bringen in jedem Falle eine Verbesserung. Sicherlich lässt sich noch nicht sagen, ob die Jugendhilfe tatsächlich in nennenswertem Umfang finanzielle Mittel einspart. Aber das war ja auch gar nicht das primäre Ziel. Vielmehr ging es den Beteiligten darum, künftig in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit besonders herausforderndem Verhalten nicht mehr in jeweiligen Zuständigkeiten, sondern in gemeinsamer Verantwortlichkeit zu denken. In den letzten 10 Jahren sind in Hamburg an die 20 Kooperationsprojekte zwischen Jugendhilfe und Schule entstanden, in denen multiprofessionelle und multiinstitutionelle Teams feststellen konnten, welche Synergien durch diese Zusammenarbeit entstehen können. Diesen Einzelprojekten hat die Rahmenvereinbarung dann Struktur und einen klaren Finanzierungsrahmen gegeben. Bezieht man die Erfahrung aus

den vergangenen Jahren mit ein, dann lässt sich feststellen, dass dies Gruppen immer temporär sind. Die Erfahrung zeigt aber auch, dass natürlich Kinder und Jugendliche mit einer starken emotionalen, psychischen und sozialen Belastung nicht nach einem Jahr „geheilt“ sind. Viele von ihnen werden vermutlich über einen langen Zeitraum Unterstützung brauchen, um den Lebensalltag bewältigen zu können. In den Lerngruppen können sie jedoch Strategien entwickeln, mit ihren bisweilen als störend empfundenen Verhaltensimpulsen umzugehen. Viel entscheidender ist jedoch die Haltung der Regelschulen ihnen gegenüber, wenn sie zurückkommen. Werden sie willkommen geheißen? Bemüht sich Schule Ihnen gerecht zu werden, ihnen einen Platz zu geben? An dieser Stelle müssen wir die Schulen noch viel stärker vorbereiten und unterstützen. Die temporären Projekte sind ja genau deshalb auf 2 Jahre angelegt, damit das zweite Jahr zur Begleitung der Reintegration genutzt wird. Für eine – allerdings sehr kleine – Gruppe wird die Regelschule nicht der geeignete Beschulungsort sein. Hier werden wir weiter nach individuellen Lösungen suchen müssen.

Wenn wir die institutionellen von den fachpolitischen Professionsinteressen differenzieren, dann haben wir a) die Schulen und Jugendämter, die sich als Organisatio-



Foto: BSP Rübzahl

nen bezogen auf Überforderungen und bezogen auf komplexe Aufgaben und auch auf finanzielle Zuständigkeiten entlasten wollen und b) einen bildungs- und gesellschaftspolitischen Anspruch, den gewissen Prozentsatz von Schülern und Schülerinnen, die als „Herausforderer“, „Systemsprenger“ oder „Schulschwänzer“ am Rande des Systems stehen, zu verringern und dem proklamierten Ziel näher zu kommen, dass „keiner mehr verloren geht“. Meine Frage: Was würden Sie sagen, wem dienen diese Lerngruppen eher: den geschätzten 400 „schwierigsten Kindern“ oder den Schulen, die nun doch wieder einen „Abfluss“ für diese Schüler haben, die sich so schwer in den normalen Unterricht inkludieren lassen?

Zunächst einmal: 300 der 400 Kinder sind weiterhin in ihren Schulen, da die integrativen Projekte die Schüler und Schülerinnen überwiegend in ihren Klassen belassen und nur eine zusätzliche intensive Förderung und Elternarbeit bieten. Lediglich 100 Kinder sind in temporären Gruppen, die sich in der Regel auf dem Gelände der ReBBZ befinden. Natürlich sind die Regelschulen oftmals froh darüber. Man muss allerdings auch sagen, dass diese Kinder wirklich herausfordernd sind in ihrem Verhalten. Mit ihrem Verhalten gefährden sie häufig sich und andere, dabei stehen sie selbst unter einem hohen Leidensdruck. Hier sind wir in der Verantwortung, den Regelschulen nachhaltige Unterstützung zu geben. Inklusion wird doch gerade wegen dieser Kinder kritisch diskutiert. Die Integration von Schülerinnen und Schülern mit einer Behinderung erfolgt oft einfacher als die der Systemsprenger. Schon ein massiv auffälliges Kind kann den gesamten Schulbetrieb durcheinander werfen. Die zeitlich befristeten Kleingruppen bieten aber auch für die Teilnehmer temporären Schutzraum in dem sie angenommen werden, nachdem sie vorher oft jahrelang im Fokus von Konflikten, in der Regel mit Ablehnung ihrer Person waren.

Vorgesehen sind diese Lerngruppen für die angenommene Bedarfzahl von ca. 400 SchülerInnen, wovon 300 an ihrer eigenen Schule unterstützt werden, und die 100 „Allerschwierigsten“ an einem anderen Standort – i.d.R. beim ReBBZ. Sind diese Plätze inzwischen belegt? Haben Sie darüber Informationen?

Die vorgesehene Zahl an Kindern in den temporären Lerngruppe – also die 100er Gruppe – ist leicht überschritten, in Bezug auf die integrierten Lerngruppen – die 300er Gruppe – gibt es noch etwas Luft. Es sind jedoch derzeit weitere Gruppen in der Planung.

Was tun die Schulen, wenn das Kontingent ausgeschöpft ist, mit möglichen weiteren Herausforderern?

Die Integration von Schülerinnen und Schülern mit einer Behinderung erfolgt oft einfacher als die der Systemsprenger.



Die temporären und integrativen Lerngruppen sind ja nicht das einzige Instrument um Kinder und Jugendliche mit herausforderndem Verhalten zu unterstützen. Die Schulen selbst haben in den vergangenen Jahren sonderpädagogische und sozialpädagogische Personalressource bekommen, die es gilt auch so einzusetzen, dass sie eben gerade diesen Kinder zugute kommt. Die ReBBZ verfügen nach wie vor über ihre multiprofessionellen Beratungsabteilungen (früher REBUS) und haben im letzten Jahr mit dem Verfahren zur Schulbegleitung einen weiteren Baustein zur Unterstützung in ihre Verantwortung bekommen.

Welche Rolle spielen Ihre ReBBZ-Schulen in diesem Zusammenhang? Früher kam, wer die Schule oder die Lehrer nachhaltig überforderte, in die Förderschule oder irgendwann in eine Heimschule. Sind die ReBBZ-Schulen jetzt in diese Rolle geraten, als „exklusiver Bildungsort“, wenn die inklusiven Versuche gescheitert sind?

Die beiden Schulen für Verhaltensgestörte wurden im Jahr 2000 in Hamburg geschlossen. Von daher sind tatsächlich auch in der Vergangenheit Schüler und Schülerinnen mit herausforderndem Verhalten oftmals in den ehemaligen Förderschulen gelandet, wenn sie nicht tatsächlich auswärtig untergebracht wurden. Wer lange genug im Unterricht gestört hatte, hatte eben bald auch Lernprobleme. Diese Situation hat sich jetzt deutlich verschärft: Die Bildungsabteilungen der ReBBZ sind zuständig für alle 3 Förderschwerpunkt – Lernen, Sprache, emotionale und soziale Entwicklung –, wenn Eltern von Kinder mit einem dieser Förderbedarfe eine Sonderbeschulung wünschen. Dies stellt sie vor enorme Herausforderungen. Einerseits wird die Schülerschaft immer herausfordernder, da die meisten der einigermaßen händelbaren Kinder in die Inklusion gehen. Andererseits müssen sich die Bildungsabteilungen der ReBBZ ganz anders aufstellen als früher die Förderschulen. Sie haben neben lernbehinderten Kinder jetzt auch die häufig gut begabten Systemsprenger, die einen angemessenen Schulabschluss erreichen können und sollen. Aus meiner Sicht müssen die ReBBZ versuchen, den Geruch nach Sonderschule abzuwehren und sich vielmehr als Bildungseinrichtungen mit einem hoch individualisierten Angebot aufstellen. Wenn dies gelingt, können sie tat-

Leider wird es Sonderschulen noch brauchen, bis Schule in der Lage ist, eigene Ansätze zum Umgang mit den stark herausfordernden Schülern in ihrem eigenen System zu entwickeln.

sächlich ein Beschulungsort für die Grenzgänger der Inklusion sein. Die ReBBZ müssen dabei allerdings laufend überprüfen, ob eine Rückkehr in die Regelschule wieder möglich ist.

Was denken Sie – wie wird es weiter gehen mit Hamburgs Umsetzung seines § 12 im Schulgesetz und der angestrebten „Schule für Alle“, die auch allen gerecht wird. Geht es in die richtige Richtung?

Ja, grundsätzlich geht es das. Obwohl ich eine Einrichtung mit einer Sonderschule leite, bin ich ein großer Befürworter des Inklusionsgedankens. Leider wird es uns noch brauchen, bis Schule in der Lage ist, eigene Ansätze zum Umgang mit den stark herausfordernden Schülerinnen und Schülern in ihrem eigenen System zu entwickeln. Im Wesentlichen ist dies neben der Fachlichkeit, und damit verbunden der personellen Besetzung, natürlich auch eine Frage der Haltung und des Annehmens auch derer, die ganz neben der Spur sind. Ebenfalls spielt die Ausbildung der Lehrer, die Vorbereitung auf eine schulische Realität – wie sie sich zum Beispiel in Hamburg-Billstedt findet – eine große Rolle.

Was brauchen diese schwierigen Schülerinnen und Schüler? Was wäre zu tun, um die Situation für sie zu verbessern? Was könnte die Politik dazu beitragen, was könnten die einzelnen beteiligten Menschen tun? Was brauchen die Schulen und die einzelnen Lehrerinnen?

Wahrscheinlich erwarten Sie an dieser Stelle den Ruf nach Ressourcen. Ja, die brauchen wir natürlich immer. Aber ich glaube auch, dass wir ganz viel haben und dass wir es noch nicht immer schaffen, die vorhandenen Ressourcen gut aufeinander zu beziehen und so – wie im Beispiel der Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe vor dem Hintergrund der Rahmenvereinbarung – Synergieeffekte zu schaffen. Ich wiederhole jedoch: Zentral ist die Haltung, die wir zu den Grenzgängern einnehmen. Dies ist ein Prozess von vielen Jahren. Wenn ich mir anschauen, wie wir auf die Fremden reagieren, die zur Zeit als Flüchtlinge zu uns kommen, erschrecke ich manchmal angesichts der Ablehnung des Anderartigen. Hier liegt eine große Herausforderung für die Politik, aber auch für jeden einzelnen Menschen. Wir müssen uns darüber auseinandersetzen, in was für einer Welt wir leben wollen. Aus meiner Sicht kann dies nur eine Welt sein, in der jeder seinen Platz findet.

Vielen Dank, Thomas Juhl, für das Gespräch!

Interview: Manuel Essberger

Thomas Juhl



ist 59 Jahre alt, Sonderschullehrer (Lernbehindertenpädagogik/ Verhaltensgestörtenpädagogik – so hieß das früher) und seit über 30 Jahren tätig mit den herausforderndsten Kindern und Jugendlichen der Stadt (Schulische Erziehungshilfe, Leitung der Verhaltensgestörtenschule in Billstedt, Gesamtleitung ReBBZ Billstedt).

Damit nicht die durchs soziale Netz *fallen*, die es knüpfen sollen

DBSH Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.
 Tariffähige Gewerkschaft
 Mitglied der IFSW (International Federation of Social Workers)

www.dbsh.de
www.dbsh-hamburg.de

Anzeige